



24/SN-56/ME 1 von 2

ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

1010 WIEN, ROTENTURMSTRASSE 13 (ERTLGASSE 2), POSTFACH 612, TELEFON 63 27 18, DW 23

Zl. 107/84
GZ. 852/84

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	107/84 -GE/1984
Datum:	-- 8. MAI 1984
Verteilt	1984 -05- 09 <i>fransen</i>

Dr. Esterl

An das

Bundesministerium für Handel,
Gewerbe und Industrie

Stubenring 1

1011 W I E NZu GZ. 36.343/1-III-7/84Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Preisgesetz
(Preisgesetznovelle 1984)

Der gefertigte Österreichische Rechtsanwaltskammertag beehrt sich, zu dem vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie am 24.2.1984 zur Begutachtung ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Preisgesetz geändert wird (Preisgesetznovelle 1984)

S t e l l u n g

zu nehmen wie folgt:

Grundsätzlich sollte, sofern keine unabdingbare Notwendigkeit gegeben ist, in das Wirtschaftsgeschehen gestaltend nicht eingegriffen werden. Aus diesem Grunde ist auch das in § 14b des vorliegenden Entwurfes vorgesehene Aufrechnungsverbot nach Meinung des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages nicht erforderlich. Die Begründung hiefür in den erläuternden Bemerkungen überzeugt nicht. Es kann von vornherein keinesfalls unterstellt werden, daß allfällig geltendgemachte Gegenforderungen "zweifelhaft" sind. Ebenso wenig schlägt das Argument durch, daß der Lieferant von preisgeregelten Waren eher bereit sein wird, eine

- 2 -

zweifelhafte Gegenforderung des Abnehmers, die im Wege der Gegenverrechnung mit der Kaufpreisforderung geltend gemacht wird, anzuerkennen, als eine zweifelhafte Gegenforderung, die gesondert geltend gemacht wird.

In jedem Fall wird das Zurechtbestehen einer Gegenforderung unter Beweis zu stellen und allenfalls der Rechtsweg zu beschreiten sein.

Ganz abgesehen davon bleibt es jedermann im Geschäftsleben unbenommen, ein Aufrechnungsverbot zu vereinbaren, oder es müssen sich die Wirtschaftspartner eben mit der Tatsache der Möglichkeit einer Gegenforderung abfinden. Keinesfalls scheint es gerechtfertigt, ein Zuwiderhandeln gegen das Aufrechnungsverbot unter Strafsanktion zu stellen.

Wien, am 2. April 1984

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Dr. SCHUPPICH
Präsident